

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 006-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2013.1694

Eingereicht am: 20.12.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Sancar (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 23.01.2014

RRB-Nr.: vom
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Schieflage in der Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden

Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden im Kanton Bern sind seit einigen Jahren schwer belastet. Die Steuerung ist undurchsichtig, was über die Politik und Praxis der zuständigen Verwaltungseinheit an die Öffentlichkeit sickert, ist durchwegs problematisch. In verschiedenen Bereichen wurde Kritik an die Behörden immer lauter, insbesondere was die Unterkunft Hochfeld betrifft, und statt Klarheit zu schaffen haben die kantonalen Behörden diese Kritik noch zusätzlich gefördert. Doch als wäre das nicht genug, zeigen neuste Erkenntnisse, dass die nötige Sorge und Betreuung im Asylbereich nicht gewährleistet werden. Sicher hat es damit zu tun, dass viele erfahrene Fachpersonen den MIDI verlassen haben, aus welchen Gründen auch immer. Feststeht, dass damit viel Wissen verloren gegangen ist, das für die Qualitätssicherung wichtig gewesen wäre. Offenbar wurde zu wenig unternommen, um das Personal zu behalten.

Da die Bundesgelder für die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden gekürzt werden, will der Kanton Bern den Deutschunterricht für Asylsuchende in den Zentren aufheben. Dies wäre eine fataler Fehler und ein Verlust für alle. Asylsuchende könnten in dieser Zeit, in der sie nichts zu tun haben, einigermassen die Sprache lernen. Das kommt wiederum der Gesellschaft zu Gute, Verständigung und Austausch werden möglich, und den Asylsuchenden hilft es, einer Beschäftigung nachzugehen (z. B. wenn sie eine Stelle finden), auch wenn dies wohl eher selten der Fall ist. Stattdessen ziehen die Behörden es vor, privaten Sicherheitsdiensten ein lukratives

Feld zu öffnen. Der Kanton Bern geht bei der Betreuung von Asylsuchenden in die umgekehrte Richtung: Anstatt gute Betreuung, Sprachkurse, Beschäftigung von Asylsuchenden, setzt er auf deren „Nichtstun“ und mehr Überwachung durch private Sicherheitsfirmen.

Weiter ist auch das Beschaffungswesen des zuständigen Amtes MIDI mehr als fraglich. Unter dem Motto „Flexibilität“ verlangt MIDI von den Organisationen, dass sie ihre Offerten innert kürzester Frist (z. B. innert 10 Tagen) einreichen, obschon die Partnerschaften teilweise seit Jahrzehnten bestehen. MIDI drängt die Organisationen auch mit dem schnellen Auftragsbeginn (z. B. 1. Januar 2014), obschon die Entwicklung der Asylbetreuungsfinanzierung seit einem Jahr bekannt ist. Das Vorgehen des MIDI wird dazu führen, dass gewisse Partnerorganisationen aus der Betreuung von Asylsuchenden in den Zentren aussteigen müssen, wie das Beispiel der Asylorganisation Thun zeigt. Diese unprofessionelle Methode lässt vermuten, dass der MIDI einzelne der bisherigen erfahrenen Partnerorganisationen ausschalten möchte. Vieles bleibt im Unklaren, zum Beispiel ob die Grundlagen für die Offerten überhaupt ausreichend waren. Auch die Frage der Querfinanzierungen anderer kantonaler Bereiche mit Mitteln aus dem Asylwesen ist noch offen. Auch die Schliessung von zwei Zentren in Biel bleibt erklärungsbedürftig. Der Rückgang der Asylzahlen kann nicht der einzige Grund sein. Zudem weiss man unterdessen, dass auch bei einem Rückgang der Anzahl Asylsuchender die Plätze nicht einfach verschwinden sollen, sondern im Stand-by-Modus bleiben, damit mit einer angepassten Infrastruktur und dem nötigen Know-how auch kurzfristig auf eine Zunahme von Asylgesuchen reagiert werden kann. Trotzdem stellt sich die Frage, warum in Biel gerade zwei Zentren geschlossen werden, obwohl in der Öffentlichkeit harte Kritik gegenüber der provisorischen Unterkunft Hochfeld geübt wird und deren Schliessung ungewiss bleibt.

Schliesslich muss kritisiert werden, dass den Partnerorganisationen vertraglich ein Maulkorb verpasst wurde, ein demokratiepolitisch inakzeptables Vorgehen, das dem Öffentlichkeitsprinzip widerspricht.

Wir bitten den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie kann der Regierungsrat sparen, damit die Deutschkurse für Asylsuchende in den Zentren weitergeführt werden? Ist er bereit, die Zusammenarbeit mit den im Asylbereich eingesetzten privaten Sicherheitsdiensten aufzulösen oder zu reduzieren und die so frei werdenden Mittel in die Sprachkurse für Asylsuchende zu investieren?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die Vergabe der Aufträge im Asylbereich einem politisch legitimen Gremium (z. B. einer Kommission) zu übertragen?
3. Ist der Regierungsrat bereit, auf eine „Vereinheitlichung“ der Betreuung durch eine einzige Organisation zu verzichten und die Verträge mit den bisherigen Partnern zu verlängern, um in der Betreuung der Asylsuchenden Konstanz und Know-how zu bewahren?
4. Ist der Regierungsrat bereit, den Vertragsinhalt mit den Partnerorganisationen im Asylbereich so zu ändern, dass sich diese frei und - wenn es sein muss - auch kritisch äussern können?
5. Ist der Regierungsrat bereit, Beschäftigung und kurze Arbeitseinsätze von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen zu fördern? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie gedenkt er vorzugehen?

6. Welches sind die Gründe für die Schliessung von zwei Unterkünften für Asylsuchende in Biel, während die provisorische Unterkunft Hochfeld trotz harter Kritik immer noch offen ist und deren Schliessung ungewiss ist?
7. Gibt es Quersubventionierungen aus dem Asylbudget in andere Bereiche? Wenn ja, um welche Summen handelt es sich, und wohin fliesst das Geld?